

# Vor dem Jahr 2000 keine neuen Pläne

## Antwort aus Bonn auf Eschenhahner Anliegen

us. IDSTEIN-ESCHENHAHN - In einem Schreiben an den Bundestagsabgeordneten Michael Jung (CDU) weist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr, Dr. Norbert Lammert, darauf hin, daß eine Aufnahme der Ortsumgehung Eschenhahn in den Bedarfsplan für Bundesfernstraßen die Voraussetzung für eine Realisierung dieses Projektes sei. Die Aufnahme sei nur im Zuge einer Novellierung des Planes durch den Bundestag möglich. „Mit dieser Überarbeitung ist erst nach dem Jahre 2000 zu rechnen.“

Jung hatte zuvor das Verkehrsministerium über die Forderungen des Eschenhahner Ortsbeirates nach einer Umgehungsstraße und über die Aktivitäten der kürzlich gebildeten Bürgerinitiative informiert. In der Reaktion aus Bonn wird auf die wesentliche Rolle des Landes bei einer Neugewichtung des Bundesfernstraßen-Bedarfsplanes hingewiesen. Bei einer Erarbeitung eines neuen Konzeptes werde das Land Hessen aufgefordert, seine Maßnahmen vorzuschlagen und die Planungsdaten, die für eine Beurteilung wichtig sind, zu präsentieren. „Der Magistrat der Stadt Idstein sollte sich daher mit seinem Anliegen über das Amt für Straßen- und Verkehrswesen Wiesbaden ans Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technik wenden“, rät Dr. Norbert Lammert den Verantwortlichen vor Ort.

Der Ortsbeirat hatte vor einigen Tagen seine Forderung nach einer Umgehungsstraße und nach Aufnahme des Projektes in den Bundesverkehrswegeplan noch einmal erneuert. Wie die IZ berichtete, erwartet der Ortsbeirat die Unterstützung des Magistrats bei der Durchsetzung seiner Wünsche. Ähnlich äußerte sich am Montag die Fraktion der Freien Wählergemeinschaft in Idstein. „Der Magistrat wird beauftragt, alle notwendigen

Schritte zur Wiederaufnahme der Ortsumgehung Idstein-Eschenhahn in den Bedarfsplan zum Ausbau der Bundesfernstraßen (gemäß Bundesfernstraßenbaugesetz) zu unternehmen“, heißt es in einem Antrag der FWG-Fraktion.

Die FWG hat, drei Tage vor einer Umweltausschuß-Ortsbesichtigung in der Ortsdurchfahrt in Eschenhahn, eine weitere Initiative zur Verbesserung der Verkehrssituation in diesem Stadtteil in den parlamentarischen Beratungsgang gebracht. Danach wird der Magistrat gebeten zu prüfen, mit welchen Mitteln und Konsequenzen ein Nachfahrverbot zwischen 22 und 6 Uhr für den Schwerlastverkehr (Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen) durchgesetzt werden könnte.

„Die Verkehrsbelastung Eschenhahns und seiner Bürger hat in den letzten Jahren derart zugenommen, daß eine Entlastung unumgänglich ist“, begründet Gerhard Dernbacher den Antrag. Der FWG-Fraktionsvorsitzende ist der Ansicht, daß diese Lärmschutzmaßnahme „relativ kurzfristig“ umgesetzt werden könnte. Für die Bewohner im unmittelbaren Umfeld der Ortsdurchfahrt würde ein Nachfahrverbot eine spürbare Milderung der Belästigungen mit sich bringen.

Die FWG liegt mit ihrem Antrag voll auf der Linie des Ortsbeirates. Der hatte schon im Juli an den Magistrat appelliert, bei der Unteren Verkehrsbehörde des Rheingau-Taunus-Kreises den Antrag auf Verhängung eines Nachfahrverbotes für den Schwerverkehr zu stellen.

Ein Nachfahrverbot sei ebenfalls eine Maßnahme, „bei der das Land am Zug ist“, äußerte sich der CDU-Politiker Michael Jung zu diesem Thema. Eine solche Anordnung obliege allein der zuständigen Verkehrsbehörde des Landes Hessen.